



BBU-Pressemitteilung
21.11.2014

Rückfragen: Udo Buchholz,
02562-23125

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Fotos: aaa-West

Noch nicht in Betrieb: Die Uranmüll-Lagerhalle in Gronau
http://www.anti-atom-aktuell.de/fotos/20140803_uaa-gronau/slides/K5N18884.html

Immer wieder Proteste gegen die UAA Gronau (hier: Ostermarsch 2014)
http://www.anti-atom-aktuell.de/fotos/20140418_ostermarsch-gronau/index.html

4,5 Milliarden Jahre Halbwertszeit: Unvorstellbare Unendlichkeit des Gronauer Atommülls

(Bonn, Gronau, 21.11.2014) Am Standort der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlagen (UAA) im westfälischen Gronau haben heute der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Anti-Atomkraft-Initiativen und Gewerkschafter von der NRW-Landesregierung die sofortige Aufhebung der Betriebsgenehmigung zur Uranmüllproduktion in Gronau gefordert. Von der Bundesregierung wird verlangt, dass sie die NRW-Landesregierung bei der Stilllegung der westfälischen Uranfabrik unterstützt und den Verkaufsplänen des Anlagenbetreibers Urenco eine Absage erteilt.

Schacht Konrad ist als Endlager ungeeignet

Bekanntlich fällt bei der Urananreicherung in großen Mengen abgereichertes Uranhexafluorid (UF₆) an. Die Anti-Atomkraft-Bewegung hat das radioaktive Material schon immer als Atommüll bezeichnet. Seitens der Bundesregierung wurde es aber stets verharmlosend als „Wertstoff“ deklariert. Jetzt hat die Bundesregierung akzeptiert, dass abgereichertes Uran Atommüll ist und kein „Wertstoff“, wie bislang behauptet. Das hat

Spendenkonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 002 666
IBAN DE62 3705 0198 0019 002666
BIC COLSDE33

Geschäftskonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 001 965
IBAN DE74 3705 0198 0019 001965
BIC COLSDE33

Vereinsregister
Bonn VR 5404
Steuernummer
205/5760/0256
Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich abzugsfähig.

Anerkannt nach § 3 UmwRG

AKTIV FÜR UNSERE UMWELT.

gravierende Auswirkungen auf den jetzt schon desolaten „Entsorgungsbereich“ für Atommüll. Der als Endlager für den Gronauer Atommüll vorgesehene Schacht Konrad in Niedersachsen ist nach Angaben des BBU als Endlager völlig ungeeignet.

Die Urananreicherungsanlage in Gronau hat eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Auch nach der Stilllegung des letzten Atomkraftwerks in der Bundesrepublik kann dann noch in Gronau Uran für Atomkraftwerke im Ausland angereichert (vorbereitet) werden. Dabei fallen weitere enorme Atommüllmengen an. Jeder Tag, an dem in Gronau Uran angereichert wird, verschärft das Atommüllproblem. Weit und breit gibt es kein Endlager, in dem der Gronauer Atommüll dauerhaft sicher gelagert werden kann. Darum kann und muss die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf die Betriebsgenehmigung für die UAA Gronau sofort aufheben.

13.000 Tonnen Uranmüll unter dem freien Himmel

Im Uranhexafluorid-Freilager neben der Gronauer Uranfabrik lagern derzeit etwa 13.000 Tonnen Uranmüll in Containern unter dem freien Himmel. „Geschützt“ von einem Maschendrahtzaun! Es ist vermutlich eine Frage der Zeit, wann in Gronau die ersten Urancontainer durchgerostet sein werden. In den USA gab es laut Department of Energy (DOE) bereits Leckagen bei Behältern mit Uranhexafluorid.

Und die neue Uranmüll-Lagerhalle für Atommüll in Form von Uranoxid in Gronau bietet auch keinen Schutz. Die Genehmigung zur Uranmülleinlagerung, die die Firma Urenco bald stellen will, muss von der Düsseldorfer Landesregierung verweigert werden. Der Bau der Halle wurde 2005 genehmigt und entsprach bzw. entspricht nicht dem Stand der Technik. Aus Sicht der Betreiber und Behörden wurde sie für „Wertstoff“ gebaut – eingelagert werden soll aber Atommüll: 60.000 Tonnen Uranoxid. Das darf die Landesregierung nicht zulassen. Mit der Inbetriebnahme der Halle würde ein faktisches Dauerendlager geschaffen. Mit Blick auf die Urancontainer aus Frankreich, die ab 2015 in der Halle eingelagert werden sollen, fürchtet Robert Brand, Vorsitzender des DGB in Gronau: „Ich bezweifle, dass die als Abfall bzw. Müll deklarierten atomaren Reststoffe zur Endlagerung vorbereitet sind, um in ein Endlager entsorgt zu werden.“

Unvorstellbare Unendlichkeit: 4,5 Milliarden Jahre Halbwertszeit von Uran 238

Udo Buchholz, Nachbar der Urananreicherungsanlage und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) betont die unvorstellbare Unendlichkeit radioaktiver Gefahren: „Beim Gronauer Uranmüll handelt es sich weitgehend um das Uranisotop U-238. U-238 hat eine Halbwertszeit von etwa 4,5 Milliarden Jahre! Angesichts dieser zeitlichen Dimensionen fordert die Anti-Atomkraft-Bewegung: Es darf kein weiteres Uran in Kanada, Australien oder anderswo abgebaut und in Gronau verarbeitet werden. Das Uran muss in der Erde bleiben – sobald es abgebaut wird, bereitet es Gefahren und Verseuchungen.“

Verbunden mit der Gronauer Urananreicherungsanlage und der Uranlagerung sind zahlreiche hochgefährliche Urantransporte von und nach Gronau (allein letzten Dienstag wurden 2 Sonderzüge mit UF₆ gesichtet). Die NRW-Landesregierung will laut Koalitionsvertrag Atomtransporte vermindern. In Gronau werden es aber immer mehr

Transporte: Mit LKW und Sonderzügen. Die NRW-Landesregierung muss endlich handeln und diese Transporte unterbinden!

Die gefährlichen Urantransporte von / nach Gronau, betreffen nicht nur das Münsterland, sondern auch die Bevölkerung in Norddeutschland, im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz und anderswo. Hilfskräfte an den Transportwegen werden vorab nicht über die rollenden Gefahren informiert.

Urenco-Verkaufspläne stoppen

Die Bundesregierung muss die Verkaufspläne des Urenco-Konzerns – incl. Verkaufspläne für die militärisch nutzbare Zentrifugentechnik zur Urananreicherung, stoppen. Es muss verhindert werden, dass die sensible Technik zur Urananreicherung in weitere Hände gerät. Der Urenco-Konzern gehört dem britischen und niederländischen Staat, sowie den Energiekonzernen E.ON und RWE. Seit geraumer Zeit sind Verkaufspläne bekannt. Örtliche und regionale Bürgerinitiativen, der BUND, der BBU, Robin Wood, IPPNW, Gewerkschaften und weitere Organisationen fordern den Abbruch der Verkaufspläne und fordern stattdessen die sofortige Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage. Der Protest ist auch international ausgerichtet. Ende November findet in Münster eine Tagung gegen Urantransporte statt, an der auch Gäste aus Frankreich und Russland teilnehmen werden. <http://www.kein-castor-nach-ahaus.de/termine>

Weitere Informationen:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.bund-nrw.de.

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666 (IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33).

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.